

Verhältnis-Blödsinn

Zur Petition gegen den neuen Zaun beim Gefängnis Pöschwies.

Da grenzt also der Wald zu nahe an die Gefängnismauern der Strafanstalt Pöschwies. Damit keine Handys, Waffen oder Drogen über den bereits bestehenden Zaun geworfen werden können, sollen nun Bäume, Wege, Teile des Vitaparcours und ein Grillplatz einem zweiten Zaun weichen. Wo bleibt denn da der gesunde Menschenverstand? Nun sollen die Spaziergänger vom Bahnhof her nicht mehr die Möglichkeit

haben auf einem angenehmen breiten Spazierweg am Waldrand Richtung Altburg und Katzenssee zu gehen. Zig Bäume sollen gefällt werden, um die Sicherheit der Anwohner zu erhöhen. Erstens stand der Wald wohl bereits vor der Strafanstalt, zweitens sind die meterhohen Gemäuer und der dazugehörige Zaun wohl Festung genug und wo bleibt bei diesem Projekt die erhöhte Sicherheit für die direkten Anwohner der Oase oder die Besucher des Gemeinschaftszentrums? Der letzte

Ausbruch fand vor 19 Jahren statt und ca. 50 Jahre ist es her, als der Vater meiner Freundin bei einem Ausbruch getötet wurde. Allerdings war er Gefängniswärter und die Schusswaffe wurde damals ins Gefängnis getragen. Heute wo Drohnen und kleine Flugobjekte für jedermann zu haben sind, Helikopter überall hinfliegen können, wird wohl niemand mehr über Mauern klettern und werfen kann man Dinge auch aus grösserer Distanz. Die Stimmbürger von Regensdorf haben den Gemeinderat bei

seinen riesigen Wohn- und Strassenprojekten unterstützt. 5000 mehr Einwohner sollen dereinst in Regensdorf wohnen, wir erwarten nun vom Gemeinderat eine ebenso klare Unterstützung beim Erhalt unserer wenigen Grünflächen und dem minimalen Naherholungsgebiet unserer Stadt. Erhöhte Sicherheit gibt es auch durch Licht, Strom auf den Zaunanlagen, durch eine höhere Mauer, durch Fangnetze innerhalb der Mauern, durch einen höheren Zaun zwischen Mauer und bestehendem Zaun oder

durch mehr Kontrollen in und um die Strafanstalt. Jeder Einwohner von Regensdorf lebt mit den Gefangenen in der gleichen Gemeinde, aber es kann nicht angehen, dass wir nun für diese Straftäter unseren Wald opfern sollen. In diesem Sinne gilt es dieses Ansinnen des Kantons durch den Gemeinderat klar abzulehnen, denn dieses Projekt ist ein Verhältnis-Blödsinn. Und wir hoffen nicht, dass es dabei nach dem Motto zu und her geht «eine Hand wäscht die andere». **Brigitta und Fredi Lott, Regensdorf**

Für die Wirtschaft – für Konzernverantwortung

Zum Thema
«Konzernverantwortungsinitiative».

Schweizer Unternehmen müssen Menschenrechte und internationale Umweltstandards einhalten, im In- wie im Ausland. Das will die Konzernverantwortungsinitiative erreichen. Nun wollen verschiedene Verbände dies als

wirtschaftsschädlich deklarieren und tolerieren damit Missstände und Kinderarbeit oder Vergiftung von Trinkwasser, wenn sie im Ausland stattfinden. Über 300 Unternehmerinnen und Unternehmen stehen zusammen im Verein www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch dafür ein, dass Verstösse von

Firmen mit Sitz in der Schweiz auch dann bestraft werden, wenn sie im Ausland stattfinden. Die meisten Unternehmen halten Menschenrechte und internationale Umweltstandards als Selbstverständlichkeit ein. Doch auch sie sind betroffen, wenn der gute Ruf der Schweizer Wirtschaft durch Konzerne wie Glencore,

LafargeHolcim oder Syngenta in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn Swissmade nicht mehr als Qualitätsmerkmal gilt und Bestellungen aus dem Ausland zurückgehen. Viele andere Länder kennen bereits verbindliche Regeln für Konzerne und akzeptieren nicht mehr, dass sich einzelne Konzer-

ne Konkurrenzvorteile ergattern, indem sie in Kauf nehmen, dass den Menschen am Produktionsort Schaden zugefügt wird. Ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative hilft deshalb den Betroffenen und der Schweizer Wirtschaft. **Thomas Hardegger, alt Nationalrat, Rümlang**

Dafür geradestehen!

Zum Thema
«Konzernverantwortungsinitiative».

Wir haben gelernt und auch in unserer Erziehung wird darauf Wert gelegt, dass wir, egal was wir auch «gebosget» haben und nicht allgemeingültige Regeln einhalten, wir eigenverantwortlich dafür einzustehen haben. Eine klare Angewiesenheit für Herrn und Frau Schweizer. Genau das Gleiche soll mit einem Ja zur Konzernverantwortungsinitiative sichergestellt werden. Mutterunternehmen sollen ihrer unternehmerischen Verantwortung nachkommen, insbesondere dort, wo Menschenrechte verletzt werden oder Umwelt zerstört wird. Was hierzulande verboten oder nach unseren Regeln angewendet wird, soll auch bei Geschäftstätigkeit im Ausland gültig sein. Hier sind die Konzerne angesprochen, die sich durch Mutter-Tochter-Strukturen aus der Verantwortung nehmen wollen. Ein selbstverständliches und ehrliches Anliegen! Langfristig profitiert niemand, wenn gewisse Unternehmen kurzfristig Gewinn auf Kosten von Menschen und Umwelt machen.

Insbesondere, wenn Konzerne die Situation in denjenigen Ländern nützen, die über ungenügende oder keine funktionierende Justiz verfügen um keine Konsequenzen befürchten müssen. Sie schaden sie dem Ansehen der Schweizer Wirtschaft! Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Massnahmen nicht reichen, damit sich alle Konzerne an die Menschenrechte halten oder minimale Umweltstandards respektieren. Die Initiative schafft klare Regeln. Darum ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative. **Eberhard Walther, Boppelsen**

Bild des Tages



Herbstfarben in Steinmaur Die bunte Vielfalt der sich färbenden Blätter im Herbst. (red) Foto: Shaül Barkai

Auch Platz für kritische Geister

Ausgabe vom September
«Nur noch Wochenbettmedizin»

Ich bin den Herren Beer und Zimmermann äusserst dankbar für ihren interessanten Leserbrief, in dem sie für alle verständlich erklären, was «Redimensionierung der Neonatologie auf den Stand von 2012» bedeutet, nämlich eine normale Wochenbettbetreuung der Neugeborenen ohne spezialisierte Pflegefachleute für Neonatologie und ohne Kinderärzte bzw. Fachärzte für Neonatologie.

Die Neonatologie befasst sich per Definition mit «spezifischen Problemen und deren Behandlung von Frühgeborenen und kranken Neugeborenen», was eine «Neonatalogie Stand Bülach 2012» nicht anbieten kann. Trotzdem betont Herr Gilgen, «es wäre falsch von einer Schliessung der Neonatologie zu sprechen»! Obwohl ich Hausarzt bin und einen grossen Teil meiner Weiterbildung am Spital Bülach (unter anderem Geburtshilfe) absolviert habe, realisierte ich

diesen Widerspruch erst dank des eingangs erwähnten Leserbriefes! Da ich immer ans Gute im Menschen glaube, frage ich mich, ob möglicherweise die Entscheidungsträger des Spital Bülach diesen Widerspruch bisher auch nicht bemerkt haben? Glaubt man weniger ans Gute, fragt man sich ob es sein könnte, dass Dr. Zerkiebel sie genau auf diesen Widerspruch hingewiesen hat und deshalb in Unnade gefallen ist? Dr. med. C. Höfliger schreibt in seinem Leserbrief

«die Ära, wo die Mediziner das Sagen haben, ist längst vorbei». Natürlich wäre es falsch, wenn alleine die Mediziner das Sagen hätten, aber genauso falsch ist es, wenn alleine die Ökonomen das Sagen haben! Die Chefärzte sind zum Glück immer noch eingebunden in den Spitalleitungen. Aber das funktioniert letztlich nur, wenn nicht nur die Ja-Sager, sondern auch die kritischen Geister ihren Platz haben und halten können! **Dominik Nauer, Hausarzt Bülach**

Ärger um Parkuhr in Kloten

Neue Parkuhr am Parkplatz Schluhweg in Kloten.

Am 22. Juli parkierte ich mein Auto und bekam eine Busse, obschon ich, wie vorgeschrieben, meine Autonummer in die Parkuhr eingegeben hatte, zwei Stunden gratis parkieren konnte und innerhalb dieser Stunden auch wieder wegfuhr. Ich beschwerte mich anfangs August schriftlich bei der Stadt Kloten (Ordnungsbussensteller). Nach elf Tagen hatte ich noch immer keine Antwort und rief bei der Stadt Kloten an. Die wussten nicht, wo mein Brief war. Eine Dame von der Sicherheitsabteilung hat mir geraten, eine Kopie an den Polizeichef zu schicken. Am 19. August ging ich persönlich beim Polizeibüro Dorfstrasse 56 vorbei, in der Hoffnung auf eine Antwort. Ein Polizist behandelte meinen Fall. Er sagte mir, dass ich am 22. Juli das Wort «Bestätigen» nicht gedrückt habe. Ich antwortete ihm, dass ich dieses Wort gar nicht gesehen habe. Er sagte mir, dass er ganz sicher ist, dass «Bestätigen» in der Parkuhr drin ist. Er versprach mir: «Wenn es nicht vorhanden ist, storniere ich Ihre Busse.» Ich ging, begleitet von zwei andere Polizisten, zur Parkuhr und wir stellten zu dritt fest, dass das Wort «Bestätigen» nicht in der Parkuhr ist. Eine Stunde später war ich wieder auf dem Büro. Der zuständige Polizist hatte keine Zeit. Ich schrieb wieder einen Brief an den Polizeichef und brachte ihn am nächsten Tag persönlich vorbei. Im Antwortbrief des zuständigen Polizisten steht, dass «Bestätigen» gleich wie «Abschliessen» sei. Gemäss «Duden» sind es jedoch zwei total unterschiedliche Wörter. Fazit der Polizei: Der zuständige Polizist muss sein Versprechen nicht halten, ich muss die Busse bezahlen. Mein Fazit: Benötigt der zuständige Polizist vielleicht Nachhilfestunden in der deutschen Sprache und eine Weiterbildung in Sachen Parkuhren?

Johanna Verdegall, Bachenbülach

Leserbriefe

In der Rubrik «Forum» veröffentlicht der «Zürcher Unterländer» die Ansichten von Einzelpersonen. Die in den Leserbriefen geäußerte Meinung entspricht nicht der Meinung der Redaktion. Die maximale Länge für Leserbriefe beträgt 2000 Zeichen (inkl. Leerschläge). Die Redaktion behält sich Kürzungen vor, aus Layout-Gründen auch bei kürzeren Zuschriften. Über nicht veröffentlichte Beiträge kann keine Korrespondenz geführt werden. Anonyme Briefe werden nicht abgedruckt. Ebenso können Leserbriefe nicht berücksichtigt werden, die rechtswidrige Passagen enthalten – also zum Beispiel gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm verstossen oder unter den Tatbestand der Beleidigung fallen. Danksagungen werden grundsätzlich nicht abgedruckt. Dafür steht der Inseratweg offen.

Die Redaktion